

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)

83 (26.5.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-225896](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-225896)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen
des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Anzeigenannahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Anzeigen werden früher erbeten.

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . . 2,10 Mk.
für 2 Monate . . . 1,40
für 1 Monat . . . 0,70
excl. Postgebühren.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate die viergespaltene Zeile 10 s
bei Wiederholungen Rabatt.
Vertheilungsorte Nr. 4757.

Nr. 83.

Bant, Freitag den 26. Mai 1893.

7. Jahrgang.

Die Parteien im deutschen Reichstage, ihr Charakter und ihre Thätigkeit.

XI.

Nicht ohne innerliches heftiges Widerstreben fügten die Nationalliberalen sich der neuen Regierungsparole; sie traten für die Sozialreform ein. Aber wie! Sie haben im Reichstage redlich das Ihrige gethan, die vielgerühmten „sozialpolitischen“ Gesetze so reaktionär wie möglich und so belanglos wie möglich für die Arbeiter zu gestalten; sie bemühten sich, ganz im Sinne der Regierung, die Arbeiterversicherung für Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität nur „als eine Weiterentwicklung der Idee, welche der staatlichen Armenpflege zu Grunde liegt“, zu Stande zu bringen. Das gelang ihnen auch im Bunde mit den Konservativen. Wenn also die Nationalliberalen ihrer Leistungen auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung sich rühmen, womöglich sich das „Verdienst“ zuschreiben, daß diese Gesetzgebung zu Stande gekommen, so ist das die denkbar lächerlichste Heuchelei. Aus der Noth haben sie eine Tugend gemacht. Theils aus Furcht vor der Sozialdemokratie, theils um der Regierung gefällig zu sein, haben sie die gouvernementalen Sozialpolitik zugestimmt, die sie im Grunde ihres Herzens verfluchten. Und dann haben sie verjast, sich für dieses Opfer schadlos zu halten dadurch, daß sie, dem Fanatismus der Unternehmer Rechnung tragend, einen heftigen Ansturm gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter unternahmen. Zwar schützte derselbe, aber der Nationalliberalismus denkt auch in diesem Punkte: Aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Sehen wir nun die Stellung des Nationalliberalismus zu der Militärfrage an. Stolz hatte die Partei der Reichsarmee und der „politischen Humanität“, wie ihre Soldatenschrift in der Presse die nationalliberale Partei zu nennen beliebten, in ihrem sogenannten „Programm“ verkündet: daß sie dauernd eintrete für „die Beschaffung der dem Reiche nöthigen Vertheidigungsmittel“. Sofort nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges drohten die Schatten des Militärkonflikts. Der Nationalliberalismus beschwor diese Schatten mit Mühe und Noth durch das „Pauschquantum“. Als es sich Ende 1871 darum handelte, nach dem Vorschlage der Regierung das „Pauschquantum“ bis zum Ablauf des Jahres 1874 zu verlängern, spaltete sich bei der Abstimmung darüber die nationalliberale Reichstagsfraktion; 51 ihrer Mitglieder hatten dafür, 45 dagegen gestimmt. Mit der Mehrheit von 152 gegen 128 Stimmen wurde das dreijährige Pauschquantum bewilligt. Das war der erste Verrath, den der Nationalliberalismus im Deutschen Reichstage in militärischen Fragen am Volke und am Budgetbewilligungstrecht des Parlaments beging.

Als das dreijährige Pauschquantum im Ablauf begriffen war, im April 1874, folgte des Verraths zweiter Akt. Die Regierung forderte nicht nur eine erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenz, sondern obenreih die Bewilligung eines „Aeternats“, d. h. einer unabhängigen, dauernden Feststellung der Truppenkörper (469 Bataillone Infanterie, 465 Escadrons, 300 Feldbatterien, 29 Batterien Fußartillerie, je 18 Bataillone und Train) und der Mannschaftsstärke (401,659 Mann).

Die Zustimmung zu diesem „Aeternat“ würde offene Verzichtsleistung auf das Budgetrecht bedeuten haben. Das konnte die nationalliberale Fraktion in Rücksicht auf die Wählermassen doch nicht riskiren. Bismarck drohte im Falle der Nichtannahme des „Aeternats“ mit Reichstagsauflösung und Amtsniederlegung. Was nun thun? Laßter und mit ihm etliche Dutzend anderer Mitglieder der nationalliberalen Fraktion waren geneigt, ohne Weiteres „anzufallen“, dem „Aeternat“ zuzustimmen. In dieser kritischen Situation brachten Bennigen und Miquel ihren ersten großen politischen Substanzhandel zu Stande: sie vereinbarten mit Bismarck das Aeternat; erst nach sieben Jahren wieder sollte der Reichstag in der Lage sein, das Bedürfnis der Friedensstärke und der Zahl der Truppenkörper neuerdings zu prüfen und weiterhin gesetzlich festzustellen. Einmüthig trat die nationalliberale Fraktion dieser Vereinbarung bei. Das Septennat wurde mit 224 (davon 149 nationalliberale) gegen 146 Stimmen nach dem Antrage Bennigen's angenommen.

Dank den Nationalliberalen kam in der Session von 1874—1875 auch das Gesetz zu Stande, welches den Landsturm wieder in's Leben rief. Aber nicht jenen alten preussischen Landsturm von 1813 mit seinen selbstgewählten Führern und seiner freien rein bürgerlichen Organisation, sondern es wurde beschlossen, daß dieser Landsturm, dem alle wehrfähigen Mannschaften vom vollendeten 17. bis

zum vollendeten 42. Lebensjahre angehörten, den Militärstrafgesetzen und der Militär-Disziplinarordnung unterworfen sein sollte. Auch wurde bestimmt, daß erforderlichen Falls die Landwehr aus dem Landsturm ergänzt werden könne. Der Landsturm sollte zusammenzutreten, sobald ein feindlicher Einfall das Reichsgebiet „bedrohe“; damit hatten die Militärpflicht und die Militärmacht eine bedeutende Erweiterung erfahren.

Das zweite Septennat brachten die Nationalliberalen am 10. April 1880 mit 184 gegen 94 Stimmen zu Stande.

Im Herbst 1886 legte die Regierung dem Reichstage zum dritten Male ein Septennatgesetz vor. Die neue Vorlage erforderte zugleich eine abermalige höhere Anspannung der Volkskraft und der Steuerkraft. Bedingungslos stimmten die Nationalliberalen dieser Vorlage zu. Aber dieselbe fiel gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutsch-Freiwillichen und der Sozialdemokraten. Erkläre wollten die geforderte Truppenzahl nur auf drei Jahre bewilligen. Das war auch ein Sprung über den Stod, aber derselbe genügte der Reichsregierung nicht; sie löste den Reichstag auf.

Aus der von der Regierung in unerhöfester Weise beeinflußten Neuwahl im Februar 1887 ging der mit Recht so berichtigte Kartell-Reichstag hervor, dessen wir schon gedacht haben, eine von vornherein auf das Regierungsprogramm eingeschworene konservativ-nationalliberale Majorität (99 Nationalliberale, 2 Liberale, „Wilde“, 80 Deutsch-Konservative und 41 Frei-Konservative, zusammen 221 parlamentarische Kastraten Bismarcks).

Wenige Tage nach dem Zusammentritt des Kartell-Reichstages war das Septennat mit 227 gegen 31 Stimmen bewilligt. Mit der Mehrheit hatten auch 7 Ultramontane gestimmt, während das Gros der Zentrums-Partei „für Wahrheit, Freiheit, Recht“ sich der Abstimmung enthielt! Dieses Verhalten der ultramontanen „Männer“ hatte Bismarck dadurch herbeigeführt, daß er die Intervention des Papstes zu Gunsten seiner Forderungen erlangte. Der sogenannte „heilige Vater“, dessen Vorgänger 12 Jahre früher, da der „Kulturkampf“ tobte, von Bismarck als der „Führer einer dem Deutschen Reiche feindseligen revolutionären Partei“ angegriffen wurde, spielte jetzt auf Bismarcks Veranlassung zur Schmach der deutschen Nation eine Art Schiedsrichter in einer inneren deutschen Angelegenheit! Und das Rameleudentum in Deutschland, die veröhrten Nationalliberalen und Konservativen, die am eifrigsten im Kulturkampf das große Wort geführt und bisher das Papstthum als antideutsch und kulturfeindlich in den schwarzesten Farben geschilbert hatten, sie jubelten dem Schritte Bismarcks und des Papstes zu. — Die das höchste Maß der Erbärmlichkeit hinter sich lassende politische Charakterlosigkeit dieser Parteien feierte wieder einmal ihre Regien.

Politische Rundschau.

Bant, den 25. Mai.

— Ein vernünftiges Urtheil über die Militärvorlage und die Wahlen finden wir in einem Medlenburgerischen Blatte „Der Medlenburger“. Es heißt dort: „Unseres Erachtens dürfen Mitglieder unserer Partei unter keinen Umständen für einen Anhänger der Militärvorlage stimmen. . . . Es wird wahrlich Zeit, daß einmal ein Ende gemacht wird mit den unausgesetzten Steigerungen der Truppenzahl und den unerlösen Geldbewilligungen für militärische Zwecke; mit letzteren umso mehr, als dieselben infolge des leider über alles Maß ausgebildeten belagerten werthen indirekten Steuersystems in unerhältnismäßig hoher und geradezu ungerechter Weise doch in erster Linie die handarbeitenden Klassen treffen und belasten. Dazu ist unsere Truppenzahl seit 1870 thatsächlich verdreifacht und trotzdem will man uns Angst machen mit Russen und Franzosen. Obendrein liegen die bündigsten Erklärungen der militärischen Instanzen aus den Jahren 1887 und 1890 vor, daß es mit jenen Bewilligungen nummehr wie der Medlenburger sagt „ganz und ganz gewiß“ genug sein solle; durch welche Verfügungen der Reichstag allein sich bewegen ließ, den damaligen Forderungen zuzustimmen. Neue Gründe aber für eine Erhöhung der Präsenzstärke, die jetzt trotzdem wieder beantragt wird, sind von den Regierungsvortretern absolut nicht vorgebracht, weder im Reichstage selbst, noch in der Kommission. Und dabei ist die jetzt geforderte Erhöhung größer, als alle seit 1874, dem Jahre des ersten Septennats, bewilligten zusammengekommen!“ — Und an anderer Stelle sagt das Blatt: „Reißt aus, reißt aus, reißt alle, alle aus, dort steht ein französisches Schilderhaus!“ — wie lange wird es

bauern, und wir sind glücklich wieder angelangt bei Bismarck und Melinit, bei Baracken und Hammelbeeren, bei blutrothen Trögl'chen Kriegskarten und bluttriefenden kolorirten Bilderbogen oder wie der angsterneidende Spulekram jener für unser deutsches Vaterland so beschämenden Zeit sonst ausgehen und geheißen haben mag. . . . Damit nun das Ausland nicht etwa denke, diese Kriegsfurcht-Vinselein seien wirklich getreue Abbilder der Stimmung des deutschen Volkes, so ist es dringend notwendig, die dem groben Unfug mit unbeuglicher Entschlossenheit entgegenzutreten und ihn öffentlich vor aller Welt als das zu brandmarken, was er ist: als eine Schmach für unser Volk, wie sie entwürdigender gar nicht gedacht werden kann.“

— Wieder eine amtliche Beeinflussung. Zur besseren Würdigung verdient folgende Aeußerung des weimarschen Staatsministers v. Groß in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Bei Gelegenheit der Einführung des zum Bezirksdirektor ernannten Oberbürgermeisters Dr. Cuden in Eisenach berührte der Minister unter Anderem die Stellung des Bezirksdirektors zu den Reichstagswahlen und bemerkte dabei, die Wahlen seien von großer Bedeutung für die Sicherheit des Reiches, die Staatsbeamten hätten sich, wie bisher, neutral zu halten; sollten jedoch von auswärts aus Parteimitteln bezahlte Agenten ins Land kommen und die Wähler von unten her zu „terrorisiren“ suchen, dann seien ein maßvolles Eingreifen des Bezirksdirektors geboten. — Wir sind begierig, zu wissen, bemerkt treffend die „Frei. Ztg.“, was sich der Minister v. Groß unter einem „maßvollen Eingreifen“ vorstellt.

— Im Schwabenlande arbeiten die Wahlmacher völlig nach altem „benährtem“ 1887er Muster. Die Altbauern werden eingeschüchert dadurch, daß man sie, wie der demokratische „Keller“ meldet, auf's Rothhaus ladet und ihnen einschärft, daß sie im Falle einer Mobilmachung Rosß und Wagen bereit halten müssen. Ob diese Einschüchierung regelmäßig stattzufinden hat oder nicht, ist uns nicht bekannt. Sehr auffallend aber ist, daß sie in die Zeit der Wahl-Agitation fällt, welche über das Schicksal einer Militärvorlage entscheiden wird. Anno 1887 ist dies vor der Wahl bekanntlich auch geschehen. Sobald Bismarck seine 43 000 Mann hierauf von dem Angstreichtag bewilligt erhalten hatte, lag die Welt wieder im tiefsten Frieden!

— Um das Mittel der Regierung bestellt bereits das Organ der „freisinnigen“ Wabelfrümpfer, die „Liberale Korrespondenz“. Sie sieht die Regierung an, ihren Beamten-Apparat im Wahlkampfe nicht gegen die Freunde der Militärvorlage loszulassen. Das tapere Organ der Konflikts-Angstmeier schreibt: „Ist die Militärfrage die für die Wahlen ausschlaggebende, so muß der Regierung jeder Kandidat genehm sein, der in dieser Frage ihren Forderungen entgegenkommt. Der Regierungsapparat darf dann aber auch nicht in Thätigkeit gesetzt werden, um Kandidaten zu bekämpfen, die in der Militärfrage der Regierung entgegenkommen wollen, aber in anderen politischen Fragen anderer Ansicht sind, als der jeweilige Inhaber des Landrathsamtes oder der Regierungspräsident, obgleich sie nach dem Grundsatze: „Das Beste ist der Feind des Guten“, die dem Grundsatze der Reichsregierung unterliegen, die demagogische Anekdote des Bimetallismus und Antifentismus bekämpfen. Geschieht das doch, so wird der Beamtenapparat in Bewegung gesetzt, um die Politik der Regierung zu lähmen.“ — Hoffentlich empfindet die Regierung gegenüber diesem kläglichen Gewinnsel ein menschliches Rüden mit den brauen Rieder'schen und legt den Landräthen und den Regierungspräsidenten die strebende Schonung der militärfreundlichen sezessionistischen Kandidaten an's Herz.

— Vom festen Thurm. Es bröckelt an allen Ecken und Enden. Der „Weis. Ztg.“ wird unterm 24. d. Mts. aus Münster telegraphirt: „Etwa 350 Vertrauensmänner der westfälischen Zentrums-Partei waren heute hier versammelt. Es wurde ein besonderer Zulauf zum Aufruf der Zentrums-Partei beschloßen. Ein Antrag des Ausschusses Schulz (Hamm), in Bezug auf die Militärvorlage den Abgeordneten freie Entlassung zu gewähren, erhielt nur 60 Stimmen, unter welchem die des Freiherrn v. Schorlemer-Alf. Ueber den Antrag Schorlemer's, es für notwendig zu erklären, daß von den westfälischen Zentrumskreisen vier an Berufsländwirthe übertragen würden, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Darauf verließ Schorlemer mit zahlreichen Landwirthen den Saal.“

— Das Brantweinmonopol erscheint wieder in der öffentlichen Diskussion. Die „Germania“ schreibt: „Ein Monopol lautet allerdings ganz bestimmt im Hintergrunde: das Brantweinmonopol. In einem Gesetzent-

urfe, welcher auf eine Einführung des Rohspiritus, dem Branntweinmonopol abzielt, ist schon vor einigen Monaten gearbeitet worden, als die Erhöhung der Branntweinsteuer im Reichstage bei den Konsernationen und bei den Brennerbeisigern wenig Anklang fand. Da aber der Name „Wopol“ aus guten Gründen beim Volke keinen guten Klang hat, so suchte man ihn in der Ueberschrift des projektirten Gesetzentwurfs zu vermeiden. Der Titel „Gesetzentwurf, betreffend Einführung einer Branntweinsteuer“ klingt ja viel harmloser, unter dieser Flagge hofft man das laibhaftige Branntweinmonopol leichter einschmuggeln zu können.

— Aus Elßaß Lotbringen. Von einer eigentlichen Wahlbewegung ist auch in den Reichsländern noch keine Rede. Die stattgehabten Wählerversammlungen lassen sich an den fünf Financern herunterzählen. Die Kandidatenliste weist wesentliche Lücken und Schwankungen auf. Völlig gesetzbereit sind bis jetzt nur die Sozialdemokraten, welche in 11 Wahlkreisen ihre Kandidaten endgültig nominirten. Auch sonst entwickeln die Sozialisten die größte Thätigkeit. Beispielsweise haben sie über Pommern das ganze Land mit Flugblättern überfluthet. Als symptomatisch verdient die Thatsache erwähnt zu werden, daß von der einzigen Ausnahme des Dr. Höffel-Babern abgesehen, die Eide sämmtlicher Abgeordneten, welche für die Militärvorlage stimmten, ernstlich bedroht sind.

— Daß die polnischen Abgeordneten, die für die Militärvorlage stimmten, keineswegs im Sinne ihrer Wähler gehandelt haben, beweist eine Zuchtschrift aus Posen an die „Pfrf. Ztg.“: Die bisher abgehaltenen polnischen Wählerversammlungen beweisen, daß das zu referiren politischen Leben erwachte polnische Bürgertum festhält an der früheren Protestpolitik und ist weit davon entfernt, für die Militärvorlage zu stimmen, selbst auf die Gefahr hin, die bisher so straffe Parteidisziplin zu brechen. Sogar in rein ländlichen Kreisen, in denen bisher die Massen blindlings ihren geistlichen Führern folgten, regt sich der Geist des Widerpruchs gegen die lokalen Herren der „Kofpartei“.

In Strelino, wo man bis jetzt zu Allem Ja und Amen sagte, ist dieser Tage eine von 400 Polen besuchte Versammlung arg gegen Herrn von Roskielecki zu Felde gezogen. Die Bromberger Polen, meist Arbeiter, an denen das durch sozialdemokratische Agitation entfachte politische Leben nicht ganz spurlos vorüber gegangen ist, haben Dr. v. Romierowski „Erneuerung“ vorgeworfen, ihn in solcher Weise niederzuschrien, daß die Polizei die Versammlung auflöste, und schließlich den von der Fraktion aufgestellten Hauptkandidaten, Probst Bronkowskii, verworfen und den Rechtsanwalt v. Wacynski, einen Gegner der Militärvorlage, aufgestellt. Ähnlich, wie dort mit v. Romierowski, ist hier in Posen eine große polnische Versammlung mit dem Fabrikbesitzer Gogielecki umgeklungen, der in der Fraktionsliste für den Antrag Duene eingetragen war. Als er seinen parlamentarischen Bericht erstattete, erhob sich ein solcher Lärm, daß der Polizeibeamte zur Auflösung der Versammlung schritt. Das Wahlkomitee hatte es gar nicht gewagt, Herrn Gogielecki wieder als Kandidaten aufzustellen, seine Mitglieder hatten sich nahezu einstimmig selbst gegen die Militärvorlage ausgesprochen und in einer Resolution den Wunsch ausgedrückt, „daß mit Rücksicht auf die gewaltigen Lasten, welche schon die Polen für das Reich tragen und welche noch vermehrt werden durch die Lasten, welche notwendig sind, um der heranwachsenden Generation die Muttersprache zu bewahren — die Polen demerkt werden vor der Auserziehung neuer Lasten.“

Ähnliche und schärfere Erklärungen sind aus verschiedenen kleineren Klagen der Provinz zu verzeichnen. Am lebhaftesten natürlich spiegelt sich der Kampf für und wider die „Kofpartei“ in der polnischen Presse wieder. Der demokratische „Gonic Wilkopolak“, der „Dreidornwint“ und mit ihnen die meisten polnischen Blätter Schlesens

haben den Kampf gegen die „Wadenrümpfer“ angefangen, deren Wiederkehr, wie der „Dreidornwint“ meint, ein wahrhaft nationale Niederlage sei. Nur der „Dziennik Wosnanek“, das Wosnanek, und der „Kierale“, Kuyter Wosnanek, billigen die Lokaltätspolitik, weil nur mit deren Hilfe Zugeständnisse von der Regierung zu erlangen seien. Ausschüß, einen polnischen Gegner der Militärvorlage in den Reichstag zu senden, haben nur einzelne Kreise der Provinz; in den meisten, wie auch wohl in den westpreussischen Wahlbezirken wird das Gros der Wähler, wenn es in Versammlungen seinem Unmuthe Luft gemacht hat, den alten Führern, der Geistlichkeit, wieder folgen.

— Zur Bauernbewegung schreibt Dr. Sigl im „Bayerischen Vaterland“: „Als die Bauernversammlungen begannen, hörte und las man, nun würden wieder mutige und freie Mannesworte gebört, nachdem man sich von der Letheterei der alten Parteien lange genug angeleitet gefühlt habe. Die Rücksichtslosigkeit und Impotenz der alten Parteien ist notorisch, weshalb sie dem verdienten Schicksal verfallen. Aber wenn es das Kennzeichen der Bauernversammlungen ist, daß freie Mannesworte aus ihnen erschallen, warum erheben sich nicht mutige Mannesworte gegen die Hauptursache all' unseres heutigen Elendes gegen den Militarismus? Warum lassen die Bauernversammlungen nicht durch das ganze Reich hin energischer Resolutionen gegen diese Zeitkrankheit, die ihnen das Leben an den Knochen zieht? Warum hat der deutsche Bauernstand nicht den Mut, wie mit einem Wunde von den Regierungen zu verlangen: „Verzucht einen europäischen Kongress zu allgemeiner Ausrüstung ein, ehe wir alle, Bürger, Bauern und Soldaten, zum Teufel gehen“? Eine solche einmütige Forderung der deutschen Bauernschaft hätte sofort das praktische Resultat, daß die jetzige Militärvorlage auf Kimmerniederlegen verschwinden würde. Und das wäre schon etwas.“

— Aus Stephan's Reich. Die Post- und Telegraphenverwaltung schließt gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres mit einer erheblichen Zunahme des Verkehrs ab. Der reine Ueberfluß hat betragen:

April 1893 3 665 678 Mk.

April 1892 2 365 771 Mk.

mithin April 1893 mehr . 1 299 771 Mk.

Mag der Herr Generalpostmeister die Ueberflüsse auch für sozialpolitische Aufgaben verwenden. Den unteren Postbeamten thäte eine durchgreifende Reform ihrer Dienst-, Gehalts-, Arbeitszeit-Verhältnisse dringend noth. Erlasse im alten Stile thun es freilich nicht.

Italien.

Mailand, 24. Mai. Hier fand ein stark besuchter Kongress der Lokomotivführer und Feiger statt. Von 43 Depots Italiens waren 42 vertreten. Es wurde beschlossen: Organisation einer Streikliste, ein Streik innerhalb zwei Jahren, ferner Theilnahme am diesjährigen Weltkongress der Bahnbeamten in Zürich.

Belgien.

Brüssel, 24. Mai. (Internationaler Bergarbeiterkongress.) Nachdem der vorläufige Präsident, Schachsekretär Burt, den Kongress eröffnet und seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, den Kongress so zahlreich, namentlich von den hervorragendsten Führern der internationalen Bergarbeiterbewegung, besucht zu sehen, wurden das Bureau und die Referenten bestimmt. Die beiden Präsidenten werden täglich durch zwei andere ersetzt. Als erster Redner nimmt der Engländer Harnes das Wort: Als vor vier Jahren, so führt er etwa aus, sich eine Bewegung zur Einführung des allgemeinen Achtstundentages Bahn brach, hörte man von den ungläublichen Verleumdungen sprechen. Seitdem haben sich vieles geändert. Im Wunde eines Bergarbeiters seien die Einwände von den verschiedensten Schwie-

rigkeiten, welche sich der Einführung des Achtstundentages entgegenstellten, lächerlich. Wenn das Gesetz den Achtstundentag eingeführt habe, so werde man erst sehen, wie wenig menschenwürdig es gewesen sei, länger im Bergwerk zu arbeiten, und daß diese Reform eine der allerersten Forderungen der Humanität gewesen. (Wauter Beilal.) Schröder-Deutschland: Glücklicherweise würden die Stimmen, welche an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erinnerten, immer vereinzelter. Er freue sich, gleich vom ersten Redner den richtigen Ton angeschlagen gehört zu haben. Alle Proletarier der Welt müßten gegenüber der Reichsmacht des Kapitals entschlossen Front machen, sonst würde die Bewegung in den einzelnen Ländern unterdrückt. In Deutschland lege man der Arbeiterschaft den Fuß auf's Genick. Aber diese Unterdrückung stärke nur das Freiheitsbedürfnis und der allzuoft gespannte Bogen werde einmal sicher springen. Nachdem Schröder den neuesten großen Aushenker scharf kritisiert hatte, forderte er die Arbeiter aller Länder auf, den Kampf für ihre Rechte gemeinsam zu führen. Der Belgier Viebhoef tritt für den gesetzlichen Achtstundentag ein, der Engländer Spaskin spricht gegen denselben und vertritt die individuelle Freiheit. Damit hätte die Normirungsfrage ihr Ende erreicht. In der Nachmittagsitzung wurde eine scharfe Debatte über eine Resolution der belgischen Regierung geführt. Letztere hatte nämlich den französischen Delegirten Basy und dem belgischen Ausweisungsbefehl zugehen lassen. Der Kongress bestimmte den belgischen Denis und einen belgischen Delegirten, welche beim Justizminister vorstellig werden sollen, damit dieser den Ausweisungsbefehl wieder rückgängig mache. Die Debatte wurde bis zur Rückkehr der Deputirten vertagt.

Brüssel, 24. Mai. Basy und Lamendin wurden trotz aller Bemühungen gestern Abend ausgewiesen. Die französische Gesandtschaft sowohl wie der englische Unterstaatssekretär Burt legten sich für die Ausgewiesenen ein Zeug, aber Alles umsonst. Die Ausgewiesenen wurden durch zahlreiche Arbeiter zum Bahnhof geleitet. Eine Interpellation an die belgische Regierung ist angekündigt.

Brüssel, 25. Mai. Nachdem der Kongress eine scharfe Protestresolution gegen die Ausweisung der beiden französischen Delegirten angenommen, erlieferte er gestern Mittag nach längerer Debatte die Frage wegen des Achtstundentages. Für die gesetzliche Feststellung derselben in den verschiedenen Ländern stimmte eine übermäßige Mehrheit der Delegirten, nämlich Vertreter von zusammen 990 000 Arbeitern, gegen eine gesetzgeberische legislative Regelung der Frage Vertreter von nur 100 000 Arbeitern. Die Opposition war hauptsächlich durch die Delegirten aus Nord-England vertreten. Für die Erklärung eines allgemeinen Streiks zu Anfang des Winters, falls die Regierung nicht auf gesetzgeberischem Wege den achtstündigen Arbeitstag einführen wollen, stimmten die Vertreter von 974 000 Arbeitern, während die Delegirten von 120 000 Arbeitern, meist aus Nord-England und Wales, sich dagegen ausgesprochen. Die französischen, belgischen, deutschen und österreicherischen Delegirten stimmten mit der Majorität. Der Antrag, nach welchem sich der Kongress ausschließlich mit internationalen Fragen beschäftigen soll, wurde durch Erheben von den Eigen angenommen.

England.

Dull, 24. Mai. Daß der Dedarbeiter-Ausstand beendet ist, haben wir bereits gemeldet. Derselbe ist zwar zum größten Theil nach siebenwöchiger Dauer zu Ungunsten der Ausständigen ausgefallen. Aber andererseits dürfte auch die Frage aufzuwerfen sein: „Haben die Arbeiter in Dull nicht am Ende einen solchen Sieg auch zu theuer erkauft?“ Es wird Monate dauern, ehe die so empfindlich gestörten Handelsverbindungen des Hafens wieder hergestellt sind, und auch die Beschäftigung der freien Arbeiter

44) Die Hand der Erbin.

Original-Roman von O. Reinhold.

(Fortsetzung.)

Als Josef sich entfernen wollte, um, wie sie sagte, Frau Bartusch oder Frau Brandmüller von der Anwesenheit eines Fremden zu unterrichten, hielt Hellmuth sie durch eine freundliche Bitte zurück und führte das Gespräch durch einige scheinbar gleichgültig hingeworfene Bemerkungen bald auf denjenigen Gegenstand, über welchen er eine genaue Auskunft zu haben wünschte.

Weniger als einer Viertelstunde mußte er mehr, als ihm zu hören lieb war. Er wußte, daß es die Köchin Franz Engelhardt's sei, seine Großnichte mit dem jungen Bartusch zu verheirathen, und obwohl er nicht einsehen konnte, welche Vortheile sich der habgierige Bauer für seine eigene Person von einer solchen Verbindung versprach, war er doch hinreichend überzeugt, daß er alle Ursache habe, unter solchen Umständen für das Gelingen seiner eigenen Pläne zu fürchten.

Durch den mehrstägigen Vorprung, der ihm gelassen worden, war Engelhardt bereits gewaltig im Vertheil, und wenn eine Berechtigung seiner Absichten überhaupt noch möglich war, so durfte mit einem energischen Eingreifen jedenfalls nicht mehr gezögert werden.

Sehr gern hätte er die Tochter des Büchelhofbauern eingehender ausgeforscht, um wenigstens aus ihrem eigenen Munde die Wahrheit zu erfahren, welche Umstände zu dem jungen Bartusch eine Waise schmieden zu können, aber sie entzog sich seiner Fragen jetzt durch eine rauche Entfernung, und statt ihrer erschienen nach wenigen Minuten Frau Bartusch selbst, die sich in Versicherungen ersüßte, daß es ein ganz vergebliches Bemühen sein würde, hier auf die Rückkehr des Bauern zu harren.

Hellmuth ließ sich indessen nicht verführen, denn es war sein fester Entschluß geworden, dem Feinde jetzt unter keinen Umständen das Feld zu räumen und Aug' in Aug' mit ihm den Kampf zu führen.

Seine Hartnäckigkeit und Ausdauer schien denn auch nicht unbelohnt bleiben zu sollen.

Noch während seiner Unterhandlungen mit Frau Bartusch rollte ein Wagen in den Hof, und als er an's Fenster eilte, fiel sein erster Blick auf die hohe, breitschulterige Gestalt des Büchelhofbauern, der sich eben von kutschertig herabgeschwungen hatte.

Hellmuth athmete erleichtert auf, aber nur zu bald veränderte sich seine Genugthuung in eine um so herbere Enttäuschung, als er sah, daß aus dem Innern des Gefährtes statt der sehnlichst Erwarteten die vierstörtigen Figuren einiger biederer Landbewohner kletterten, welche offenbar zu Franz Engelhardt's besten Freunden zählten, da er ihnen wiederholt kräftig die Hände schüttelte und sie beim Betreten des Hauses mit einer Art von plumper Höflichkeit zum Vorangehen nötigte.

Von Helene und ihrem jungen Begleiter aber war nicht das Geringste zu sehen, ein Umstand, der den jungen Rechtsanwält natürlich sehr betreffen machte und mit dem unangenehmsten Abnungen erfüllen mußte.

Er wollte sich mit einer Frage an Frau Bartusch wenden, denn er glaubte natürlich, man habe ihn belogen; aber die kleine runde Frau war bereits wieder verschunden und statt ihrer erschienen nach wenigen Minuten der Büchelhofbauer mit seinen Begleitern auf der Schwelle des Zimmers. Wohl sagte er einen Augenblick, als er Hellmuths ansichtig wurde, aber statt der finsternen und gebissenen Miene, welche der Rechtsanwält erwartet hatte, nahm sein hartes Gesicht einen beinahe freudigen Ausdruck an, und mit einer gewissen treuherrigen Biederkeit, welche Hellmuth fataler war als seine frühere offenkundige Feindseligkeit, ging er auf ihn zu und streckte ihm seine Hand entgegen.

„Ah, das ist wunder, daß Sie sich auch einmal sehen lassen, Herr Advokat! Ich denke, Sie sind gerade zur rechten Zeit gekommen, denn ich müßte wenig von der Welt verstehen, wenn mir nicht heute noch eine Verlobung feierten, bei der wir ein paar lustige Gänge gebrauchen können. Hab-

mit auch schon etliche mitgebracht! Da — meine lieben Freunde und Genossen! Der Kronenwirth, der Wasser-müller und der Herr Domänenpächter Stumpf! Lauter brave und prächtige Leute, mit denen Sie gewiß gern Bekanntschaft machen werden!“

Hellmuth stand wie auf Kohlen. Er hatte die Hand des Bauern flüchtig mit den Fingerspitzen berührt und mußte sich nun dazu verstehen, dieselbe Prozedur auch bei den drei Anderen zu wiederholen, von denen ihm jeder mit schwäbischer Biederkeit die Rechte zum Grusse darbot.

Daß etwas ganz Besonderes geschehen sein mußte, um den auersichtlichen Ton des Büchelhofbauern zu rechtfertigen, unterlag keinem Zweifel mehr für ihn, und er brante vor Begierde, es zu erfahren. Aber die Gegenwart der drei Bauern, welche sich sogleich an den Tisch zu den reich herbeigeschafften Fleischchen setzten und welche ihm mit ihrem treuherrig zudringlichen Geschwätz gar nicht zu Worte kommen ließen, verhinerte ihn, vor der Hand das Thema zu berühren, welches ihm allein am Herzen lag.

Der Büchelhofbauer weidete sich flüchtig an der vorübergehenden Ungezäh und Unruhe seines Opfers und erst als der Domänenpächter, der sich als der Fleischigste im Trinken erwies, mit der Frage herausplagte, wer denn eigentlich das junge Brautpaar sei, und dessen Gehandelt man hier trinken sollte, konnte er die Erklärung nicht länger verschließen.

„Ja, das ist eine verzwickte Geschichte!“ lachte Engelhardt, indem er sich bezählig in seinen Stuhl zurücklehnte und prüfend zu Hellmuth hinüberblickte. „Ich habe sie nämlich unterwegs verloren!“

„Verloren?“ fragte der Wassermüller verwundert, und auch die Anderen blickten überrascht zu dem Aufgeher auf; denn es war ihnen allen ein ungeheuerliches Ereignis, daß der Büchelhofbauer einen Scherz gemacht haben sollte.

Der aber nickte mit dem Kopfe. (Fortsetzung folgt.)

während dieser Wochen bei ihren höheren Löhnen und geringeren Leistungen hat bedeutende Beschloer gefordert. Aus diesem Grunde haben auch die Arbeiter einen Vergleich herbeigeführt und die Forderung erteilt, sie würden die bisher beschäftigten freien Arbeiter möglichst schnell aus den Docks entfernen, um für die Ausländer nach Kräften sofortigen Verbleib zu schaffen.

Parteinachrichten.

— Zur gefälligen Beachtung! Ich bin von heute ab verreist und komme erst zum 14. Juni zurück; auch wichtigere Briefe können daher keine sofortige Beantwortung finden.

A. Hebel.

Dem Düsseldorf'schen Stadtrath ist vom sozialdemokratischen Wahlkomitee folgender dringlicher Antrag überreicht worden: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß die Ausnahmebestimmung vom 23. Februar 1891, wonach die der sozialdemokratischen Partei zugehörigen Einwohner hiesiger Stadt vom Benutzungsrecht der städtischen Tonhalle hinsichtlich der Abhaltung von Versammlungen ausgeschlossen sind, für die Zeit der Wahlbewegung außer Kraft zu setzen ist und dem unterzeichneten Komitee der Kaiserstra. der Tonhalle zu einer einmaligen Wählerversammlung überlassen wird.“

Die badische Sozialdemokratie veröffentlicht im „Offenburger Volksfreund“ folgende bezügliche Rundgebung: „An das Gr. Bad. Ministerium des Kultus und der Justiz in Karlsruhe möchten wir uns das zeitgemäße Erwünschen geflehen, durch eine gemeinverständliche Rundgebung den unteren Polizeibehörden begrifflich zu machen, daß während der derzeitigen Wahlperiode die deutschen Reichsbürger im badischen Lande ohne Unterschied ihres politischen Bekenntnisses an der Ausübung der gesetzlich gewährtesten Bürgerrechte nicht beeinträchtigt werden dürfen. Wir machen dem hohen Ministerium die Mitteilung, daß verschiedene Wahrnehmungen uns zu der Annahme berechtigen, es befinden sich hinnen und hinnen im liberalen Lande Baden etliche Beamte noch in dem unuergethlichen Irrthume, das selbige Sozialistengesetz dürfe noch mit allen Maliken im Namen des Reiches angewendet werden. Auch die Handhabung des Versammlungsdrehtes widerspricht vielfach dem Gesetz und Recht. Wir badischen Sozialdemokraten möchten auch in dieser Hinsicht unseren heimatlichen Bundesstaat nicht am Spieß der Rückwärtler marschiren sehen und wenden uns deshalb auf diesem Wege an die Regierung. Zugleich sind wir beforagt, alle die Vorkommnisse, welche als Kriterien zu unierer Auffassung gelten können, durch den „Volksfreund“ und die „Volksstimme“ zur Kenntnis der Regierung zu bringen. Coerntuell empfehlen wir unseren sozialdemokratischen Abgeordneten in der badischen Kammer, dafür zu sorgen, daß die Verträge gegen die Rechte unserer Reichstagswähler in der nächsten Session des Landtages gebührend zur Sprache gebracht werden.“

Gewerkschaftliches.

— Ein kurzer Streik, der aber einen günstigen Verlauf nahm, fand am Donnerstag Morgen in Braunshweig statt. Auf der Graef'schen Hofkammerfabrik stellten etwa 150 Spargelschälerrinnen die Arbeit ein. Während das Spargelschälereisen hierher je nach der Größe des Spargels mit 2, bzw. 3 und 4 Pfg. pro Pfd. bezahlt wurde, sollte der Preis für diese Arbeit auf 1, bzw. 2 und 3 Pfg. reduziert werden, mit der Begründung, die Arbeiterinnen verdienten bei dem bisherigen Preise zu viel. Durch das einmütige Sorgen der Arbeiterinnen veranlaßt, gab der Geschäftsführer nach längeren Unterhandlungen die Erklärung ab, daß sich der Lohnreduktion Abstand genommen werden solle. Die Arbeiterinnen nahmen in Folge dessen nach dreistündiger Arbeitsseindung die Arbeit wieder auf.

— In Offen a. d. Ruhr streiten, wie das „Centralorgan der deutschen Brauer“ berichtet, seit Freitag 22 Arbeiter der Aktienbrauerei, weil Maßregelungen vorgenommen waren und man gedroht hatte, es sollten sämtliche dem Verband angehörige Arbeiter entlassen werden.

— Der Streik der Zimmerer Oberbergs in der Mark dauert fort. Der Kampf scheint ein harter zu werden. Kameraden und Genossen allerwärts, unterstützt und durch Zuführung von Geldmitteln. Bemerkt, daß ein günstiger Ausgang des Streiks von großer Wichtigkeit auf die gesamte Arbeiterschaft hiesiger Gegend sein würde. Bistet den Jungfern! Selbstbestimmungen u. s. w. sind zu richten an W. Künze, Oberberg (Mark). Die Streikkommission der Zimmerer Oberbergs.

— Achtung, Hilsigsharbeiter! Wir erlösen die Kollegen, von allen hiesiger noch nicht als geregelt aufgeführten Fabrikten den Zugang fernzuhalten. Auch richten wir an sämtliche Gewerkschaften die Aufforderung, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen. Alle Zuschriften und Sendungen sind an Carl Wäner, Hilsigshar, Nr. 20, Hof 1 Trappe, zu richten. Die Streikkommission der Hilsigshar-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgebung.

— Die Lohnbewegung der Bäckermacher in Sittau i. S. hat, wie die Generalcommission mittheilt, mit einem Siege der Arbeiter geendet. Infolge glücklicher Heberation hat die Fabrikant eine Lohnerhöhung von 10—15 Prozent. Das schnelle Handeln der Genossen, die an ihrer Organisation einen guten Rückhalt hatten, kam dem Fabrikanten ganz unerwartet und trug viel zu dem günstigen Ausgang der Differenz bei.

— In Stuttgart haben sich nun auch die Fuhrleute entschlossen, eine Gewerkschaft zu errichten, die sich dem Gewerkschaftsverband anschließen wird.

Aus Stadt und Land.

Want, 25. Mai. Die drei Wahlkreise des Großherzogthums Oldenburg sind wie folgt eingetheilt: 1. Wahlkreis: Die Stadt Oldenburg, das Amt Oldenburg, die Gemeinden Jade und Schweiburg, das Fürstenthum Lübed und das Fürstenthum Birtenfeld. 2. Wahlkreis: Die Stadt Barel, das Amt Barel mit Ausnahme der Gemeinden Jade und Schweiburg, die Stadt Jever, das Amt Jever, das Amt Eisebeth nördlich der Hunte und die Kemter Butjadingen, Drake und Westersiede. 3. Wahlkreis: Die Kemter, Delmenhorst, Wildeshausen, Westia, Cloppenburg, Friesoythe und Eisebeth südlich der Hunte.

Want, 25. Mai. Am Montag den 29. Mai, Vormittags 9 Uhr anfangend, findet in Jansen's (früher

Duck's) Gasthause in Jever eine Amtsrathssitzung statt. Die aus 10 Punkten bestehende Tagesordnung beschäftigt sich hauptsächlich mit Ghauffee- und Wegangelegenheiten.

Want, 25. Mai. Seinen Freunden, Bekannten und Arbeitstollegen machen wir an dieser Stelle bekannt, daß die Beerbigung des von rucklofer Hand gefallenen Werftarbeiters Ernst Nabel morgen Freitag, den 26. Mai, Nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Neuen Wilhelmshavenstraße 17 aus stattfindet.

Wilhelmshaven, 25. Mai. Seit der Einführung des Arbeitergesetzes — welches nebenbei bemerkt, die Anerkennung aller Beteiligungen gefanden hat — wurde den auswärtigen wohnenden Arbeitern von der Torpedowerft, die diesen Zug denugen, gestattet, Abends so viel früher die Werft verlassen und Morgens so viel später kommen zu dürfen, als sie zur Zurücklegung des Weges von der Werft zur Bahn und umgekehrt gebrauchen mußten. Dieser Erlaubsnis wurde seiner Zeit von den betreffenden Arbeitern mit Freunden begrüßt. Jedoch sollte die Freude nicht von langer Dauer sein, denn vor Kurzem wurde ihnen eröffnet, daß diese Vergünstigung in Zukunft fortfallen würde. Daß diese Anordnung nur für die in Frage kommenden Arbeiter bzw. deren Verhältnisse eine tief einschneidende ist, liegt klar auf der Hand. Denn dadurch ist ihnen die billige Fahrgelegenheit und somit die Gelegenheit genommen, außer der Arbeitszeit bei ihren Familien sein zu können. Nicht nur allein dieser eine Nachtheil ist es, den die Arbeiter zu leiden haben, sondern dadurch, daß sie Abends nicht zu Hause fahren können, sind sie größtentheils gezwungen, die Woche über hier in Kost und Logis zu gehen, woraus eine Kostenabgabe erwächst, die auf die Dauer zu tragen, die Mehrzahl schwerlich im Stande sind wird. Es muß noch in Erwägung gezogen werden, daß Viele erst nach der Einführung des Arbeitergesetzes und besonders nach der bereits erwähnten Zeitvergünstigung nach Auswärts gezogen sind. Wir nehmen nicht an, daß durch die zuletzt getroffene Anordnung, den Arbeitern einmal bewiesenen Wohlthaten wieder entzogen werden soll, jedenfalls hat man an maßgebender Stelle geglaubt, daß auch ohne Zeitvergünstigung der Weg von der Torpedowerft nach der Bahn, d. h. bis zur Abfahrt des Zuges und umgekehrt, zurückgelegt werden kann. Dies ist aber mit dem besten Willen nicht möglich und so wäre doch bringen zu wünschen, daß die Anordnung im Interesse der Leute baldig wieder rückgängig gemacht würde. Den Dank aller Beteiligten würde der Direktion der Torpedowerft gewiß sein.

Wilhelmshaven, 25. Mai. (Von der Marine.) Fahrzeug „Voreley“, Kommand. Kapitänlt. Gropf ist am 23. d. M. in Beirut angekommen und gedent am 27. d. M. nach Smyrna in See zu gehen. — Schiffsjungenschuldschiff „Greifenau“, Kommand. Korvettenkapit. Stubenrauch, ist am 22. d. Mts. in Newport angekommen und wird wahrscheinlich am 21. n. Mts. die Heimreise antreten.

Wilhelmshaven, 25. Mai. Pfingstnachtlänge. Eine Nothzeit sondergleichen verübten am 1. Pfingstfesttage nach Schluß des Konzerts im Park einige mit der „Veisig“ zurückgekehrte Marineoldaten. Sie fingen ohne nennenswerthen Grund zu haben mit einem ruhig dort sitzenden Zivilisten einen Streit an, im Verlauf desselben und als sich der Zivilist die Verhältnisse verbat, nahm einer der Kaufholde — anders kann man sie nicht nennen — einen schweren eisernen Gartenstuhl und ließ ihn mit solcher Wucht auf das Haupt des Ersteren herabfallen, daß dieser auf der Stelle benommen zusammenbrach. Nicht genug mit dieser Brutalität, sollen sie ihn darnach auch noch — wie Augenzeugen melden — in anderer Weise mißhandelt haben. Es muß hier noch besonders hervorgehoben werden, daß von den zahlreich anwesenden Vorgesetzten keiner Miene machte, diese rohen Patrone zur Räson zu bringen. Erst auf energische Aufforderung von Zivilpersonen fand sich ein Unteroffizier veranlaßt, die Namen der Kaufholde zu notiren. Hoffentlich wird diesen in exemplarischer Weise plaufibel gemacht, wie man sich auf heimatlichem Boden zu bewegen hat.

Wilhelmshaven, 25. Mai. Gestern Abend zwischen 11 und 12 Uhr bemerkten Passanten in dem Keller des Uhrmacher H. von Hauses in der Marktstraße Feuer. Nach näherem Hinzutreten bemerkten sie durch das offen stehende Kellerfenster, daß aufgeschichtete mit Stroh gefüllte Kisten in Brand gerathen waren. Das Feuer wurde, bevor es weiteres Uebel anrichtete, von den Passanten bald gelöscht. Man vermutet Brandstiftung, jedoch fehlen darüber bis zur Stunde genauere Anhaltspunkte.

Oldenburg, 24. Mai. Vor vollem Laufe sprach gestern Abend in Ratjen's Saale unser Reichstagskandidat Genosse Hug über die bevorstehende Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Selbstverständlich sieht im Vordergrund unseres gegenwärtigen Kampfes die Militärvorlage und lautet die Parole: für oder gegen dieselbe! Doch nicht allein gegen diese richtet sich unser Kampf, sondern vor Allem kämpfen wir für die soziale Besserstellung der Volksmassen. Daher beschränkte sich Gen. Hug auch nicht darauf, der lautlosen Versammlung den volkswürdigen Militarismus zu detailliren, sondern hielt auch einen äußerst interessanten Vortrag über die brennendsten sozialen Tagesfragen. An der Hand des Parteiprogramms führte er der Versammlung unsere Ziele und die zu denselben führenden Wege vor Augen, welche Ausführungen mit sichtlichster Befriedigung aufgenommen wurden. Reicher Beifall lohnte den Redner und stattete Genosse Diermann ihm den Dank der Versammlung ab. Auch die Gegner waren ziemlich vertreten, aber trotz mehrmaliger Aufforderung schien Niemand geneigt zu sein, die Rede zu verbrennen. Im Gegenlag zu der freistimmigen Versammlung am Sonntag nahm unsere Versammlung einen musterhaften Verlauf. Die Stimmung unter den Genossen ist eine gehobene und ist für guten Wählerfolg berechtigte

Hoffnung vorhanden. — Ausnahmeweise bringen auch die „Nachr. f. St. u. L.“ einen objektiven Bericht, was wir hiermit anerkennen.

Oldenburg, 24. Mai. Am Sonntag findet in der Sommerresidenz Raffke bei Garmirith Rabe eine Wählerversammlung statt, in welcher Gen. Hug seine Kandidatenrede halten wird, worauf wir die Leser aufmerksam machen.

Oldenburg, 24. Mai. Endlich hat der bisherige Abgeordnete des 3. oldenburgischen Wahlkreises, Graf Galen (Hr.), sich gemüthigt gesehen, Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage zu erstatten und zwar ist dies in einer vorgestern in Kloppenburg abgehaltenen Versammlung geschehen. Eingehend begründete er sein gegen den Antrag Luene abgegebenes Rotum und erklärte, auf diesem Standpunkt auch jetzt noch zu stehen und beharren zu wollen. Zum Schluß der Versammlung wurde Graf Galen als Kandidat proklamirt. — Tropfen aus jenen Kreisen wiederholt eine gewisse Opposition gegen den Grafen Galen laut geworden wegen seines aristokratischen Wesens und wegen der Nachlässigkeit, mit der er seinen Wahlkreis behandelt hat. So wagte doch der „Bel. Zit.“ zufolge Keiner gegen ihn aufzutreten. Bezeichnend genug für die politische Verjüngung der ultramontanen Wähler, als daß wir noch irgend welche Bemerkung dazu zu machen brauchen. Die nie rauchende Sozialdemokratie wird auch hier dafür sorgen, daß bald ein gesunderes und freieres politisches und wirthschaftliches Leben sich bemerkbar macht. — Den Nationalliberalen Birtenfelds hat der von ihnen in Aussicht genommene Kandidat Cenneccus einen ablehnenden Bescheid zumommen lassen. Wie werden da unsere freistimmigen Militärkreunde juchzen.

Oldenburg, 23. Mai. In der gestern hier stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung wurde nach einem Vortrage des Genossen Bistighe über „Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie“ Genosse Paul Hug aus Bant einstimmig als Reichstagskandidat proklamirt. Betreten waren die Redner und Reder Genossen durch je drei Delegirte, die Namen ihrer Auftraggeber sich hiermit einverstanden erklärten. In das Wahlkomitee wurden gemäß für Oldenburg die Genossen: Sedhorst, Aug. Zoelge und Bistighe. Als korrespondirende Vertrauenspersonen: Genosse Woppinga für Norden und Genosse Meyer für Derr. In seinem Schlußwort sagte der Referent, daß wenn die anderen Parteien sich um die Stimmen der Wähler bemühen würden, diese ihnen das Wort entgegenzusetzen sollten: „Du hast einen viel zu geschwätigen Rücken mein Freund, um die Demuthigkeit zu beklagen. Die Zeit braucht Männer, die sich erheben, nicht solche, die sich mit Anstand bücken.“ Mit einem druckbaren dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie und Wägen der Arbeitermarzialisten wurde die trotz des schönen Wetters gut besuchte Versammlung geschlossen.

Vermischtes.

— In Magdeburg wurde das bekannte Mädchenmörderpaar, der Agent Erbe und die ledige Wuntrod, am Mittwoch Morgen hingerichtet.

— Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß die Pulverfabrik in St. Ingbert am Dienstag Abend in die Luft geflogen ist. Sieben Personen wurden getödtet, darunter fünf Familienväter; drei Personen verwundet. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt worden.

— Aus Bayreuth wird der „Frank. Tagespost“ geschrieben: „Die Sozialdemokraten rauben dem Volke die Religion!“ so salbadern die Herren von der schwarzen Gendarmerte; daß sie aber durch ihre Handlungswiese selbst sehr viel dazu beitragen, daß ihre Gemeindeangehörigen nichts mehr von Geistlichen und ihrem Tempel wissen wollen, daran denken diese zelotischen Gottesdiener nicht. — Wartet da in der Pfarrgemeinde Wonnees bei Döllfeld ein Selenhirtle seit anderthalb Jahren seines Amtes, ohne jedoch so recht die Jüngerung seiner „Herde“ gewinnen zu können, was wohl hauptsächlich an seinen eigenthümlichen norddeutschen Manieren liegt, welche hier in Süddeutschland, wo der Bauer an einen intimeren Verkehr mit seinem „Herrn Pfarrer“ gewöhnt ist, nicht angebracht sind. — Doch auch manches Andere trägt gerade nicht zu seiner Beliebtheit bei. — Wollte sich da vor Kurzem ein Brautpaar von Selbstreuth in Wonnees kirchlich trauen lassen, doch der obenerwähnte Herr Pfarrer verweigerte, wie schon mehreremals, das übliche Hochzeitsglockengeläute, weil das Brautpaar das göttliche Gebot: „Seid fruchtbar und mehret Euch“ schon vor der Hochzeit befolgt hatte. Schon so manchem liebenden Paare wurde durch solche Pfaffenlistere der höchste Festtag des Lebens verbittert und wie räudige Schafe mußten sie, oftmals von kaisersüchtigen Vätern häßlich und schadenfroh betrachtet, ohne Glockenklang durch die Dorfstraßen zur Kirche ziehen. — Doch in dem hier speziell in Betracht kommenden Falle hatte der Pfaffe sich doch einmal in seiner unterthänigen Gläubigenknecht gerirt, denn das Paar war konsequent genug, um nun vollständig auf den Pfaffenlegen zu verzichten und ließen sie es bei der handesamtlichen Trauung bewenden. (Lebensfalls das Vernünftige, was sie thun konnten. D. Red.)

Culturg.

Für den Basillons gingen ferner ein: Von den roten Reglern Barrenfeld 1 M., von D. G. 5 M., von S. D. 3 M., von G. G. 5 M., von H. 10. 3 M., von F. G. 5 M., für einen verauktionirten Sigenhof im Einbunde 5.42 M., für einen roten Holzbar 1.80 M., auf Hste 20 durch D. 21.35 M., von D. M. 1 M., auf Hste 38 durch D. G. 7.16 M.

Der Vertrauensmann.

Culturg.

Für den Basillons erhalten vom Gesang-Berein „Vorwärts“ 40 M. J. Diermann, Oldenburg.

Schwasser.

Freitag, den 26. Mai. Vorm. 9.59, Nachm. 10.19.

Wählerversammlung

Sonnabend den 27. Mai, Abends 8 Uhr
im Saale des Herrn Käse in Osternburg.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Referent Herr Paul Hug aus Bant. 2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer.

Bekanntmachung.

Die Militärfähigen aus der Gemeinde Bant, welche in diesem Jahre in Jever zur Stellung waren, werden aufgefordert, ihre **Leistungsscheine** aus dem Bureau des Unterzeichneten während der Geschäftsstunden innerhalb der nächsten 14 Tage abzuholen.

Bant, den 24. Mai 1893.

Der Gemeindevorsteher.
Reeng.

Gesucht

auf sofort ein Mädchen im Alter von 15—16 Jahren.

F. Stührbahn, Werstr. 25.

Rosa-Barchend

70 Ctm. breit, pr. Meter 40 Pf.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Achtung!

Die Mitglieder des **Sesang-Vereins „Frohsinn“** werden gebeten, am Freitag Abend in der „Arche“ zu erscheinen. **Empfangnahme der Bilder.**

Die Gesangstunde fällt aus.
Der Vorstand.

Verband deutscher Zimmerleute.

Localverband Wilhelmshaven.

Freitag den 26. Mai cr.
Abends 8 Uhr

Versammlung

im Lokale des Herrn Seilemann
„Zur Arche“ in Bant.

Tages-Ordnung:

1. Sebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichtlesen.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung umhände halber in **Bant** stattfindet und werden deshalb ersucht, **alle** vollständig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Panorama international.

16 Oldenburgerstr. Oldenburgerstr. 16.
Diese Woche:

Badeplätze Ems und Wiesbaden.

Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Öffnet von Morgens 10 bis Abends 10 Uhr.
Wegen Verlegung des Panoramas nach Nordenney wird ersucht, sämtliche Karten bis zum 15. Juni auszubringen. Der **Raffenspreis** ist von jetzt ab ermäßigt.

Schortens.

Große öffentliche

Volks-Versammlung

Freitag den 26. Mai

Abends 8 1/2 Uhr

im Saale des Herrn Aug. Zingel
(Gastwirthschaft zum „Weißen Roß“).

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. Referent Herr Paul Hug aus Bant.
2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Mein Festzelt

zur Fahnenweihe verbunden mit großem Volksfest des Kriegervereins Heppens (westl. Theil) am 28. und 29. Mai halte zur reichigen Benutzung bestens empfohlen.

C. Sadewasser.

Möbel-Magazin Fr. Diez.



Holz-Bettstellen
nicht vom Konditor gebadene, sondern aus Lichte von Tischlern gearbeitete Bettstellen, sowie fertige Betten, ein- und zweischläflich, liefern in allen Preislagen je nach Wahl der Stoffe, Federn und Daunen. — **Sophas, Matratzen** werden nur in guter **dauerhafter Arbeit** aus bestem Material in eigener Werkstätte angefertigt und übernehme ich die weitgehendsten Garantien für sämtliche von mir gelieferten Sachen.

Fr. Diez, Sattler und Tapezier,
Roonstrasse 15.

Ein hohes Zweirad

ist billig zu verkaufen.
Bismarckstraße 22, 1 Tr.

Zu verkaufen

mehrere Zug- und Karthunde.
Friedrich Meiners, Ropperhöfen,
Hauptstraße 4.

Leichte

Sommer-Jackets

für Herren

pro Stück 1 Mk. 25 Pf.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Logis für 1 jungen Mann.

D. Roulin, Marktstr. 14, Hinterhaus.

Zu vermieten

eine freundlich möblierte Stube nebst Schlafkammer zum 1. Juni an ein oder zwei anständige junge Leute.

Banterstraße 2, oben.

Oldenburg.

Ein Mitbewohner für Stube und Schlafkammer gesucht.

Zu erfragen bei
J. Piemann, Haarenstr. 10.

Todes-Anzeige.

Durch ruchlose Hand gefallen, starb in der Nacht vom Montag zum Dienstag mein unvergesslich lieber Mann und meiner drei noch unmündigen Kinder treusorgender Vater, der Werkarbeiter

Ernst Nabel

im kaum vollendeten 27. Lebensjahre, was ich Verwandten, feinen Freunden und Bekannten hiermit tiefbetrübt den Herzens zur Anzeige bringe.

Bant, den 25. Mai 1893.

Almuth Nabel, geb. Neumann, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Freitag den 26. Mai, Nachmittags 2 1/2 Uhr, von Neue Wilhelmshavenstr. 17 aus statt.

Nachruf!

Am 2. Pfingstfeiertage, Abends, starb als unschuldiges Opfer einer schrecklichen Bluttat unser lieber Kollege und Genosse

Ernst Nabel

im Alter von 27 Jahren.
Wir betrauern in ihm einen braven und treuen Kollegen und Arbeitsgenossen, der sich viele Freunde und die Achtung seiner Mitarbeiter durch sein biederer und solidarisches Wesen sehr schnell zu erwerben und dauernd zu erhalten verstanden hat.

Wäge die Erde ihm leicht sein!
Wilhelmshaven-Bant, 24. Mai 1893.

Mehrere Freunde
und Kollegen.

Dankagung.

Für die herzliche Theilnahme bei dem Ableben meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sowie für das zahlreiche Gesolge bei der Beerdigung, wie auch für die reichen Kranzspenden sagen untern tiefgefühltesten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
W. Apel, Schuhmacher,
H. Kerck u. Frau.